

BAUERN STATT „BONZEN“ FÖRDERN

Bauern, Naturschützer und Imker fordern überfällige Umschichtung von Agrarsubventionen zugunsten bäuerlicher Betriebe für mehr Blütenvielfalt in der Agrarlandschaft – Staatsregierung muss bei Agrarministerkonferenz die Interessen bäuerlicher Betriebe gegen Agrarindustrie vertreten

Eine klare Weichenstellung für den Erhalt einer bäuerlichen Landwirtschaft und die Honorierung von Natur- und Tierschutz sowie ökologischer Landwirtschaft fordert ein Bündnis von Bauern- und Umweltorganisationen zum Auftakt der Agrarministerkonferenz in München. Bund Naturschutz, Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Imkerverbände sowie die Netzwerke „Meine Landwirtschaft“ und Campact appellierten an Ministerpräsident Horst Seehofer und die deutschen Agrarminister, sich für eine gerechtere Verteilung der jährlich fünf Milliarden EU-Agrargelder an Betriebe in Deutschland einzusetzen.

Noch im Juni hatte sich Ministerpräsident Horst Seehofer in einem Interview im landwirtschaftlichen Wochenblatt für Umschichtungen zugunsten kleinerer, bäuerlicher Betriebe ausgesprochen. Alle Parteien würden sich inzwischen zum Grundsatz „Öffentliche Gelder nur für gesellschaftliche Leistungen“ bekennen. „Aus schönen Worten müssen jetzt Taten werden, damit bäuerliche Betriebe noch eine Chance gegenüber der Agrarindustrie und zunehmenden Tierfabriken bekommen“, so BN Landesbeauftragter Richard Mergner.

Im Durchschnitt erhalten landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland 310 Euro pro Hektar bewirtschaftete Fläche. Je größer, und damit kostengünstiger zu bearbeiten ein Betrieb ist, umso mehr Geld kann er bekommen. Ein Viertel der Betriebe in Deutschland erhalten drei Viertel der jährlich verteilten fünf Agrarmilliarden. Gelder, die derzeit für Umweltleistungen und schwierige klimatische Verhältnisse wie Mittelgebirgslagen oder Alpenregionen gezahlt werden, sind dagegen von massiven Kürzungen betroffen.

Das Bündnis forderte, die Agrarsubventionen stärker für bäuerlich wirtschaftende Betriebe und höhere Umweltstandards einzusetzen, um endlich problematische Entwicklungen in der Landwirtschaft, wie u.a. massive Verluste an biologischer Vielfalt und Gefährdung von Gewässern und Grundwasser durch Bodenerosion und Nitratauswaschungen zu verhindern. Andernfalls drohten zusätzliche Kosten für Steuerzahler, weil Bund und Länder sehenden Auges auf Verstöße gegen mehrere europäische Umweltziele gleichzeitig zusteueren.

„Bäuerliche Landwirtschaft bedeutet im Optimalfall: regionale Lebensmittel statt anonymer Massenware, ökologisch wertvolle Landschaften statt maschi-

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München,

4.11.2013

PM 101-13/LFG

Landwirtschaft



Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft e.V.



nengerechter Agrarsteppen, tiergerechte Ställe statt Massentierhaltungen und lebenswerte Bauerndörfer statt Schlafsiedlungen“, so Josef Schmid, AbL Vorsitzender in Bayern, und weiter: „ Industrielle Landwirtschaft dagegen verursacht oft sogar noch Schäden, deren Reparatur dann zusätzliche Steuergelder kostet. Deshalb ist die Förderung einer bäuerlichen Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern genauso wichtig und vorteilhaft, wie für Bayern oder Baden-Württemberg. Würde von der Umschichtung von 30 Prozent der Flächenprämie auf die ersten 46 Hektar (durchschnittliche Betriebsgröße) in Deutschland Gebrauch gemacht, wäre das zum Vorteil für eine vielfältige Agrarstruktur, die Sicherung artenreicherer Agrarlandschaften und die „Entwicklung des ländlichen Raumes“.

Eine weitere Umschichtungsmöglichkeit bietet die EU, um Agrarumweltprogramme zu stärken, hierzu könnten 15 Prozent der Flächenprämie umgeschichtet werden. „Wir brauchen dringend mehr Gelder für Maßnahmen der Landwirtschaft für Artenvielfalt, damit Bienen und Wildinsekten nicht weiter verhungern und Vögel Lebensraum in Hecken und Wiesenlandschaften finden“, so Mergner. Ungerecht sei es, dass es zwar für Leistungen für die Umwelt Förderobergrenzen gäbe, Prämien für Grundbesitz jedoch nach oben unbegrenzt gewährt werden. Deswegen wäre es sinnvoller, die Mittel für die chronisch unterversorgten Agrarumweltprogramme aufzustocken, statt die Hektarprämien für die Einhaltung gesetzlicher Standards zu verteidigen, deren Nutzen für Umwelt und Tierschutz meist minimal sei. In Bayern drohen nach Berechnung des BN und Euronatur Kürzungen bei den Programmen für ländliche Entwicklung von 25 Prozent pro Jahr.

„Weil ausgeräumte Agrarlandschaft staatlich subventioniert wird, müssen Bienen schon ab Mitte Juni oft weite Strecken zurücklegen, um an Trachtpflanzen zu kommen“, so Manfred Hederer, Vorsitzender des deutschen Berufs- und Erwerbsimkerverbands, „das schwächt das Immunsystem unserer fleißigen Bestäuber und trägt zum drohenden Bienensterben bei.“

Für Rückfragen:

Richard Mergner, BN -Landesbeauftragter, 0171-6394 370

Josef Schmid, Vorsitzender der AbL Bayern, 0171-1108148 u. 08742-8039

Jochen Fritz, Bündnis Meine Landwirtschaft, 0171- 82 297 19

Manfred Hederer, Dt. Berufs- und Erwerbsimkerverbund, 0172 82 06 459

Christoph Bautz, Campact, 0163 59 57 59 3

Marion Ruppenner, BN-Agrarreferentin, 0911-81878 20

Ein ausführliches Positionspapier der Agrarplattform finden Sie unter:
<http://www.euronatur.org/Positionen.1499.0.html>

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München,

4.11.2013

PM 101-13/LFG

Landwirtschaft



Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft e.V.

